

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Mag. Julia Malle (GRÜNE) und Ömer Öztas (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Strategie für ein inklusives System in der Elementarbildung

Inklusion ist keine Gefälligkeit, sie ist ein Menschenrecht. Bereits im Jahre 2008 wurde in Österreich die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Diese beinhaltet auch das Recht auf Bildung. Leider ist jedoch Inklusion noch keine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit, auch nicht in Wien.

In der Praxis ist immer wieder zu beobachten, wie gerade im Bereich der Inklusion in der Elementarbildung Ressourcen fehlen. Es fehlt an Personal, an kleineren Gruppen, aber auch am politischen Willen. Viele Eltern verzweifeln zunehmend bei der Suche nach einem Kindergartenplatz, werden abgewiesen oder müssen Jahre warten. Der Zugang zum Kindergarten als erste Bildungseinrichtung wird Kindern mit Behinderungen leider vielfach sehr erschwert. Das ist insofern demütigend, als meist auch jedes andere Recht auf ein gutes Leben für Kinder mit Behinderungen hart erkämpft werden muss. Die finanzielle Belastung in Familien mit Kindern, die erhöhten Förderbedarf haben, ist eine weitere große Hürde.

Wir Grüne setzen uns unter anderem für barrierefreie Kindergärten ein, von den benötigten Materialien bis hin zur räumlichen Infrastruktur. Nötig sind auch kleinere Gruppen und mobile Supportsysteme. Kindergärten, die allen zugänglich sind, in denen Eltern und Erziehungsberechtigte nicht mehr Bittsteller:innen sein müssen, um ein Recht einzufordern, das ihnen zusteht. Ein Recht, das 15 Jahre nach Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention selbstverständlich sein sollte.

Unter grüner Regierungsbeteiligung wurden die Kindergartenplätze für Kinder mit Behinderungen um ein Fünftel erhöht. Nun muss es mit der Inklusion weiter voran gehen. Die Stadtregierung hat sich im Regierungsübereinkommen die Verbesserung des elementarpädagogischen Platzangebotes für Kinder mit

Behinderungen vorgenommen. Leider erleben wir aber gerade in Wien einen extremen Platzmangel für Kinder mit Behinderungen. Plätze im städtischen Kindergarten erhalten Kinder mit Behinderungen zudem erst ab 3 Jahren. Die Wartezeit beträgt oft mehrere Jahre, da die Berufstätigkeit der Eltern ein wesentliches Kriterium für einen Platz ist.

Das Kriterium der Berufstätigkeit stellt für viele Eltern eine große Hürde dar, da es oft aufgrund der erhöhten Betreuungspflicht nicht möglich ist, dass beide Elternteile dem Beruf in Vollzeit nachgehen. Es ist gesellschaftlich leider immer noch Realität, dass in vielen Fällen Frauen keiner Beschäftigung nachgehen können, wenn das Kind keinen Kindergarten-Platz erhält.

Private Träger würden gerne mehr Kinder mit erhöhtem Förderbedarf aufnehmen, bekommen dafür aber nicht mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt. Insbesondere der Ausbau der Plätze privater Träger wäre wünschenswert. Daran muss allerdings die Bereitstellung von mehr Personal und kleineren Gruppen gekoppelt werden. Zusätzlich müssen mobile Supportsysteme eingeführt werden, die zielgruppenspezifisch eingesetzt werden können.

Damit man also wirklich von Inklusion reden kann, sollten Kinder selbstverständlich in jeden Kindergarten gehen können und gleichberechtigten Zugang erhalten. Elementarpädagogische Bildungseinrichtungen müssen zu inklusiven Bildungssystemen werden, in denen alle Kinder - im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention - gleichermaßen gefördert werden und die gleichen Bildungschancen erhalten.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat ersucht den amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz, die Erarbeitung einer "Strategie für qualitätsvolle inklusive elementare Bildung" in die Wege zu leiten, welche innerhalb von fünf Jahren flächendeckende inklusive und barrierefreie Angebote in allen elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen Wiens gewährleistet.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 27.6.2023

